Kaniber begrüßt Reformvorschläge zur EU-Agrarpolitik: „Starke GAP sichert Ernährung und ländliche Räume“

11.6.2026 - | Bayerische Staatsregierung

(11. Juni 2026) München –Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber begrüßt die jüngsten Vorschläge für die künftige europäische Agrarpolitik ausdrücklich. „Die Vorschläge gehen in vielen zentralen Punkten in die richtige Richtung. Sie tragen unsere Handschrift und greifen wichtige bayerische Forderungen auf – auch aus unserem Praktikerrat. Sie setzen ein starkes Signal für die Landwirtinnen und Landwirte in Europa“, sagt Kaniber. Der Europaabgeordnete und Berichterstatter für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Norbert Lins, hatte entsprechende Änderungsvorschläge zur künftigen GAP vorgelegt.

Besonders unterstützt die Ministerin, die seit Anfang des Jahres auch Vorsitzende der deutschen Agrarministerkonferenz ist, die Forderung nach einem starken und eigenständigen Agrarbudget im nächsten „Mehrjährigen Finanzrahmen“ der EU für die Jahre 2028 bis 2034. Ebenso spricht sie sich dafür aus, die bewährte Struktur der GAP mit ihren zwei Säulen beizubehalten.

„Wer die sichere Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ernst nimmt, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Dazu gehört vor allem eine ausreichend finanzierte Gemeinsame Agrarpolitik. Ohne eine starke GAP gibt es keine verlässliche Lebensmittelproduktion in Europa. Gerade in einer Zeit zunehmender geopolitischer Unsicherheiten wird deutlich: Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit sind nicht selbstverständlich. Deshalb braucht Europa auch künftig ein angemessenes und eigenständiges Agrarbudget“, mahnt Kaniber.

Nach den Worten der Ministerin würde eine Eingliederung der Agrarpolitik in andere europäische Politikbereiche ihre strategische Eigenständigkeit schwächen. „Die Landwirtschaft darf nicht gegen andere Politikfelder ausgespielt werden. Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen“ sagt Kaniber.

Positiv bewertet Kaniber auch die Forderung, die europäischen Fördermittel für die Sektorprogramme in den Bereichen Weinbau, Hopfen, Obst und Gemüse dauerhaft abzusichern. Diese Programme seien wichtige Bausteine für die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit vieler spezialisierter Betriebe.

Besonders erfreut zeigt sich die Ministerin über die vorgesehene stärkere Unterstützung kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe durch verbesserte Zahlungen der ersten Hektare. Die vorgeschlagene Erhöhung der Förderung um 50 Prozent entspreche einer langjährigen bayerischen Kernforderung. „Gerade die stärkere Unterstützung unserer familiengeführten Betriebe hat der bayerische Praktikerrat immer wieder als zentrales Anliegen benannt. Umso wichtiger ist es, dass die Europaparlamentarier diesen Vorschlag nun auf europäischer Ebene aufgreifen“, sagt Kaniber. Und weiter: „Unsere Familienbetriebe prägen die Landwirtschaft in Bayern und vielen Regionen Europas. Sie leisten Enormes für die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, für die Pflege unserer Kulturlandschaft und für den Zusammenhalt im ländlichen Raum. Eine stärkere Unterstützung der ersten Hektare stärkt genau diese Betriebe.“

Zustimmung findet bei der Ministerin zudem die vorgesehene Zweckbindung der Zahlungen für

Umwelt-, Klima- und Tierwohlleistungen. Bayern nehme hier mit seinem Kulturlandschaftsprogramm und der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. Auch die geplante Vereinfachung der Regelungen beim sogenannten Farm Stewardship, dass die rechtlich bindenden EU-Umweltstandards „Guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand (GLÖZ)“ ablösen soll, bewertet Kaniber positiv. Damit greife die EU eine zentrale Forderung aus der landwirtschaftlichen Praxis auf: Der bayerische Praktikerrat hatte sich für deutlich einfachere Regelungen und wenige, dafür klare und nachvollziehbare Vorgaben ausgesprochen.

Zu ambitioniert sieht die Ministerin allerdings den Vorschlag, die Junglandwirteförderung von derzeit drei auf acht Prozent des Budgets zu erhöhen. „Bayern hat sich immer für eine ausgewogene Förderung der Junglandwirte eingesetzt, die zur Verfügung gestellten Mittel müssen aber auch sinnvoll eingesetzt werden. Deshalb sollte dieser Vorschlag noch einmal sorgfältig geprüft werden“, erklärt Kaniber.

Aus Sicht der Ministerin liegt ein entscheidender Schlüssel für die Zukunft der europäischen Landwirtschaft zudem im konsequenten Bürokratieabbau. Die Forderung nach einfacheren und praxistauglicheren Regelungen stammt ebenfalls aus dem bayerischen Praktikerrat. Viele der dort entwickelten Ideen finden sich nun in den Reformvorschlägen wieder. „Junge Menschen entscheiden sich nicht wegen immer neuer Vorschriften für die Landwirtschaft, sondern trotz dieser Belastungen. Europa muss endlich erkennen, dass überbordende Auflagen wie etwa durch die Wiederherstellungs-Verordnung, die EUDR oder auch durch die Bodenrichtlinie, der Vergangenheit angehören müssen. Das muss endlich aufhören“, sagt Kaniber.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft seien drei Punkte entscheidend: „Unsere Betriebe brauchen eine gesicherte Finanzierung, deutlich weniger Bürokratie und weniger Auflagen statt immer neuer Belastungen. Wenn Europa hier liefert, schaffen wir die Grundlage für eine starke, nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft in allen Regionen Europas.“

https://www.bayern.de/kaniber-begruesst-reformvorschlaege-zur-eu-agrarpolitik-starke-gap-sichert-ernaehrung-und-laendliche-raeume